

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Redaktions-Adresse:
Tageblatt, Riesa.

Amtsblatt

Verlagspreis
Nr. 20.

für die Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, das Königl. Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa,
sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 227.

Donnerstag, 30. September 1909, abends.

62. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in der Expedition in Riesa 1 Mark 50 Pfg., durch unsere Träger bei ins Haus 1 Mark 65 Pfg., bei Abholung am Schalter der hiesigen Postanstalten 1 Mark 65 Pfg., durch den Briefträger frei ins Haus 2 Mark 7 Pfg. Auch Monatsabonnementen werden angenommen. Anzeigen-Nachnahme für die Nummer des Ausgabestages bis vormittags 9 Uhr ohne Gebühr.

Rotationsdruck und Verlag von Ränger & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Goethestraße 22. — Für die Redaktion verantwortlich: Hermann Schmidt in Riesa.

Im Gasthof zu Langenberg — als Versteigerungsort — kommen
Sonnabend, den 2. Oktober 1909, mittags 12 Uhr
1 Schreibtisch, 2 Drehstühle und 1 Sofa gegen sofortige Bezahlung zur Versteigerung.
Riesa, 28. September 1909.
Der Gerichtsvollzieher des Königl. Amtsgerichts.

Anzeigen für das „Rieser Tageblatt“ erbitten wir uns bis spätestens
vormittags 9 Uhr des jeweiligen Ausgabestages.
Die Geschäftsstelle.

Deutsches und Sächsisches.

Riesa, 30. September 1909.

Die für gestern abend nach dem Hotel Wettiner Hof einberufene nationalliberale Wahlerversammlung war von etwa 150 Personen besucht. Sie wurde 7/9 Uhr durch den Vorsitzenden des hiesigen Nationalliberalen Vereins, Herrn Rechtsanwalt Fischer, eröffnet, der in seinen begrüßenden Worten die Erschienenen u. a. auch dazu begrüßte, daß sie den sozialdemokratischen Wahlposten am Eingange des Wettiner Hofes glänzend passierten hätten. Vom sozialdemokratischen Zentralwahlkomitee ist der Befehl an die sozialdemokratische Arbeiterschaft ergangen, daß sie die bürgerlichen Wahlsammlungen zu meiden hat, und wie anderwärts, so haben auch hier die „Genossen“ gestern abend geglaubt, daß sie Ordnung parieren und gehorchen können. Die Sozialdemokraten begründen ihr Fernbleiben von den bürgerlichen Versammlungen damit, daß ihnen in diesen Versammlungen die Redefreiheit beschnitten sei. Demgegenüber wies Herr Rechtsanwalt Fischer darauf hin, daß, solange er Versammlungen leite, den Sozialdemokraten immer eine Redefreiheit gewährt worden sei, die, wenn auch nicht ganz unbeschränkt, so doch ausreichend gewesen sei, um ihre Ansichten zu entwickeln. Herr Rechtsanwalt Fischer kam dann auf die Entstehung der nationalliberalen Kandidatur im 8. städtischen Wahlkreise zu sprechen und machte die Erschienenen mit Herrn Beda-Wurzen, dem nationalliberalen Kandidaten, bekannt. Herr Beda sei der Stadt Riesa kein ganz Fremder; in Wurzen besitze er durch seine Zugehörigkeit zum Stadtverordnetenkollegium, sowie als Mitglied zahlreicher Ausschüsse und des Bezirkstages eine einflussreiche und angesehenen Stellung. Er gehöre der Industrie an und habe sich aus kleinen Anfängen heraus zu seiner jetzigen Stellung emporgearbeitet. — Hierauf stellte sich Herr Beda selbst den Erschienenen vor, indem er in etwa dreiviertelstündigen Ausführungen über sein Programm, die Aufgaben des Landtages und die Finanzreform sprach. Eingang seiner Darlegungen wies Herr Beda darauf hin, daß er sich nur schweren Herzens zur Annahme der Kandidatur entschlossen, da er eine sehr hohe Meinung von dem Amte eines Abgeordneten habe. Als Angehöriger der nationalliberalen Partei trete er für eine gesunde Fortbildung unserer Staatseinrichtungen ein. Immer das Wohl der Gesamtheit vor Augen, werde er zu wirken und zu arbeiten suchen. — Die nationalliberale Partei habe immer mitgearbeitet an der Gesetzgebung. Eine ganze Anzahl Gesetze sei aus der Initiative und aus der Mitarbeit liberaler Männer hervorgegangen. — Eine Veränderung der sächsischen Verfassungsurkunde sei notwendig, insbesondere seien die Vorschriften über die Zusammenfassung der Ersten Kammer veraltet. Bei dem neuen Wahlgesetz für die Zweite Kammer zum Landtag lasse die Wahlkreisinteilung immer noch sehr zu wünschen übrig. Den Gemeinden müßten größere Rechte gegeben und das Gemeindesteuerverfahren scharf abgegrenzt werden. Ferner sei zu verlangen, daß die Kompetenzverhältnisse zwischen Justiz- und Verwaltungsbehörden geregelt würden und ein Gesetz geschaffen werde, das die staatsbürgerliche Freiheit gegenüber Uebergriffen der Polizeigewalt gewährleiste. Hinsichtlich des Eisenbahnwesens sprach sich der Herr Kandidat für Ausgestaltung der Betriebsmittelgemeinschaft aus. Den Schiffsverkehrsabgaben sehe er vollständig ablehnend gegenüber. An der Befundung unseres Finanzwesens werde die nationalliberale Partei auch fernerhin tatkräftig mitarbeiten. Damit bei der Mittelstandsfrage anlangend, erklärte Redner, die nationalliberale Partei stehe auf dem Standpunkt, daß dem Mittelstand auf jede Weise geholfen werden müsse, weil der Mittelstand sozusagen den Puffer zwischen den Sozialdemokraten und den reaktionären Konservativen bilde. Die gleiche Aufmerksamkeit wende die nationalliberale Partei aber auch den Interessen der Beamten, der freien Berufe (Privatbeamten und Werkmeister) und der Arbeiter zu. Für letztere erstrebe sie besonders die Beschaffung einer freien Bildungsmöglichkeit. Die nationalliberale Partei sei die Partei des

wirtschaftlichen Ausgleiches, deshalb könne sie auch keine Interessententwertung treiben. Bezüglich der Volksschulreform stehe die Partei des Herrn Kandidaten auf dem Standpunkt, daß die Volksschule sich den Forderungen der Zeit anpassen habe. Neben dem Vergleiche müsse vor allem der erzieherische Wert des Unterrichts mehr betont werden. Seine Partei werde für eine gründliche Volksschulreform eintreten, dabei aber nicht vergessen, daß jede Reform an das Bestehende anknüpfen müsse. — Hierauf kam der Redner auf die Finanzreform zu sprechen. Es erübrigt sich, hierüber viel Worte zu verlieren. Den Konservativen wurde ein langes Sündenregister vorgehalten. Sie seien die Väter all der neuen, den Mittelstand und die niederen Volksschichten schwer belastenden Steuern. Den Nationalliberalen lasse es zu verdanken, daß die Anzeigen- und Parafiskussteuer in der Verrentung verschwunden seien. Das Bestreben der Nationalliberalen, bei der Draufsteuer eine gesunde Staffelung einzutreten zu lassen, sei erfolglos gewesen. Die Konservativen rühmten sich, dem Reiche 500 Millionen neue Steuern bewilligt zu haben. Die Bewilligung einer solchen Summe sei leicht, wenn man zu ihrer Aufbringung nichts beitrage. Die anstelle der abgelehnten Erbschaftsteuer bewilligten Besitzsteuern bildeten gar keine Befreiung des Reiches, denn sie müßten zum großen Teil mit vom Mittelstand getragen werden. Es sei nichts als Aufseherlei, wenn für die jetzige Steuererhebung die nationalliberale Partei verantwortlich gemacht werde. Diese habe von vornherein erklärt, daß sie eine Reichsfinanzreform ohne allgemeine Besitzsteuer ablehne. — Nach Herrn Beda, dessen Ausführungen mit Beifall aufgenommen wurden, erhielt der frühere Landtagsabgeordnete Langhammer-Chemnitz das Wort, um über die politische Lage zu sprechen. Der sehr gewandte und schlagfertige Redner setzte in der Hauptsache das Bemühen des Herrn Beda, aus der Finanzreform Material gegen die Konservativen zu schlagen, fort. Zunächst erklärte er, daß er bei den nationalen Wahlen von 1907 sich kaum bereit gefunden haben würde, in seinem Wahlkreise den konservativen Kandidaten Dr. Giese zu unterstützen, wenn er geahnt hätte, daß die Konservativen sich bei der Finanzreform einer so großen nationalen Untat fähig zeigen würden. Die vom sozialdemokratischen Zentralwahlkomitee ausgegebene Parole, die bürgerlichen Versammlungen nicht zu besuchen, tat Redner geschickt und mit gutem Witz ab. Der von der Sozialdemokratie gepredigte Freiheit stehe die Parole allerdings sehr im Widerspruche. Den „Genossen“ würde es nichts schaden, wenn sie neben der „muffigen“ Suppe, die sie in ihren Versammlungen vorgelegt erhielten, in den bürgerlichen Versammlungen auch einmal eine gesunde Kost zu schmecken bekämen. Die Sozialdemokraten erwarteten übrigens für sich von dem jetzigen Wahlgesetz größere Erfolge, als sie sich merken ließen. Sie würden sonst nicht in allen Wahlkreisen Kandidaten aufstellen und eine Million für die Wahlpropaganda aufwenden. Er (Redner) sei allerdings auch der Ansicht, daß der durch die konservative Steuerpolitik geschaffene Zustand dazu beitragen werde, die Zahl der sozialdemokratischen Mandate zu vermehren. In seinen weiteren Ausführungen besaßte sich der Redner mit der Zersplitterung unter den Konservativen, dem Bloß (seiner Gründung, Vertilgung und Sprengung) und der Finanzreform. Bald streifte er die Reichspolitik, bald die inner-sächsischen Verhältnisse; durch seine ganzen Darlegungen aber zog sich gleich einem Ariadnefaden eine heftige Polemik gegen die Großagrarier. Ein Zusammenhang zwischen der Finanzreform und den Landtagswahlen bestesse insofern, als nach Meinung des Redners in zwei Jahren unbedingt eine neue Finanzreform kommen werde. Dann müsse ein Landtag vorhanden sein, der von der Regierung verlangt, daß sie im Bundesrate für eine allgemeine Besitzsteuer, und wenn diese der Reichstag ablehnt, dafür eintrete, daß der Reichstag aufgelöst würde. Redner bedauert es auch heute noch, daß Herr Bülow der neuen Mehrheit gewichen ist, anstatt nach Ablehnung der Erbschaftsteuer den Reichstag aufzulösen. — In der langen und teilweise sehr temperamentvoll verlaufenen Debatte, die sich an die eben-

falls mit Beifall aufgenommenen Ausführungen des Herrn Langhammer anschloß, nahmen sich die Herren Stadtrat Breischneider und bisheriger Landtagsabgeordneter Greulich-Gröba der heftig angegriffenen konservativen Partei an. Herr Stadtrat Breischneider wies darauf hin, daß Sachsen unter der konservativen Mehrheit zu einem Staate gediehen sei, der sich sehen lassen könne. Als Herr Langhammer ihm erwiderte, daß Sachsen nicht durch die Konservativen, sondern trotz der konservativen Mißreglerang dank der Intelligenz seiner Bevölkerung zu seiner jetzigen Höhe gelangt sei, wies Herr Stadtrat Breischneider die Behauptung, die Konservativen hätten eine Mißreglerang getrieben, zurück. Wie verhalte sich dieser Vorwurf zu der Tatsache, daß auch unter dem freilichlichen Wahlgesetz von 1868 das sächsische Volk eine konservative Mehrheit in den Landtag gesandt habe? Herr Langhammer trat auch hierin dem Vorredner entgegen, indem er erklärte, daß die konservativen Mehrheiten nicht aus der Stimmenmehrheit im Lande, sondern aus der Wahlkreisinteilung resultiert hätten. — Herr Greulich suchte Herrn Langhammer besonders darauf festzunageln, daß er ihm vorwarf, die Nationalliberalen hätten beim sächsischen Wasserrecht die Geschäfte der Regierung besorgt. Herr Langhammer bemerkte hierzu, daß die Regierung beim Wasserrecht den Standpunkt des öffentlichen Rechts vertreten habe, während die Konservativen sich auf den Standpunkt des Privatrechts gestellt hätten. Die Nationalliberalen hätten sich hier ins Mittel geschlagen und ein Verwaltungsrecht geschaffen. Das Wasserrecht werde übrigens von einem Teile der Industrie bereits als sehr segensreich empfunden. — Wegen die Ausführungen der Referenten wandte sich schließlich noch Herr Fabrikant Barth, der in seinen Ausführungen recht glücklich war. Er brach vor allen Dingen für den Frieden zwischen der konservativen und liberalen Partei eine Lanze, indem er zur Versöhnung mahnte, da von dem Streite nur die Sozialdemokratie Vorteil habe. Der nationalliberalen Partei liegt aber, wie es scheint, zurzeit nichts ferner, als auf solche Ratschläge zu hören. Sie ließ vielmehr sowohl durch Herrn Langhammer, als auch durch Herrn Rechtsanwalt Fischer und einen Wurzener Herrn wiederholt erklären, daß sie fest entschlossen ist, den Vapus, den die konservative Partei bei der Finanzreform sich habe zu schulden kommen lassen, kräftigst auszunutzen. Die Versammlung erreichte erst gegen 7/12 Uhr ihr Ende.

Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß morgen der Winterfahrplan der R. S. Staatsbahnen in Kraft tritt. Der Fahrplan der Stadt Riesa ist in der 2. Beilage abgedruckt. Der Taschenfahrplan wird der heutigen Nummer beigegeben.

In diesen Tagen geht das alte, weit und breit bekannte und in hohem Ansehen stehende Tuch-, Manufaktur- und Modewarenhaus der Firma Gebr. Riedel durch Kauf in den Besitz des Herrn Bruno Hasse aus Leipzig über. Im Jahre 1836 von Herrn Carl Seifert gegründet, kam das kleine Geschäft im Juli 1874 in die Hände des Vaters der bisherigen Inhaber. Der rastlosen Energie und Umsicht, sowie der strengen Rechthilichkeit des neuen Inhabers war es zu danken, daß die nunmehrige Firma Hermann Riedel, sonst Carl Seifert, bald zu einem angesehenen Geschäft heranwuchs. Da sich die Geschäftsräume im Laufe der Jahre als zu klein erwiesen, erbaute Herr Hermann Riedel im Jahre 1891 Ecke Söbhe- und Schützenstraße ein mit modernen Einrichtungen versehenes Modewarenhaus, das nach Fertigstellung des Baues im April 1892 in den Besitz dessen beider Söhne, Hermann und Richard Riedel, — in Firma Gebr. Riedel — überging. Diese tätigen Geschäftsherren verstanden es, sich den Bestrebungen des Vaters anzupassen und den Ruf nicht nur zu erhalten, sondern noch zu erweitern. Denn in vielen Teilen unseres Sachsenlandes steht die Firma Gebr. Riedel in hohem Ansehen. Wie wir erfahren, unterstützen die bisherigen Inhaber ihren Nachfolger, Herrn Hasse, mit Rat und Tat, damit der gute alte Geschäftsgebrauch erhalten bleibt und das Geschäft auch fernerhin imstande ist, getreu den Vorgängern, das Bewährte und Beste weiterzuführen. Herr Hasse hat in allerersten Säubern vorzügliche E-igen-